

Pressemitteilung

19. Dezember 2018

Bündnis der Bürgerinitiativen in Bergisch Gladbach zieht Bilanz

Aktive Einmischung in Regional- und Kommunalpolitik

Das Bündnis der Bürgerinitiativen in Bergisch Gladbach (BBI-GL) zieht eine positive Bilanz seiner bisherigen dreijährigen Arbeit. Den im Bündnis zusammengeschlossenen zwölf Bürgerinitiativen ist es gelungen, mehrere tausend Bürgerinnen und Bürger zu engagierten Stellungnahmen zum Flächennutzungsplan zu motivieren und sich aktiv in die Politik einzubringen. Damit ist das Bündnis zu einer starken außerparlamentarischen Kraft in Bergisch Gladbach gewachsen.

Wir werten es als positiv, dass zumindest beim Vorentwurf des Flächennutzungsplans wesentliche Korrekturen erreicht wurden. Dennoch sind wir mit dem FNP-Ratsbeschluss nicht einverstanden. Es ist ein Unding und nicht nachvollziehbar, dass die konkreten Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger der zweiten Runde zum FNP-Entwurf an keiner Stelle berücksichtigt worden sind.

Die vielbeschworene neue Beteiligungskultur der Bürgerschaft ist in Bergisch Gladbach mit den Füßen getreten worden. Beteiligung bedeutet eben nicht allein Anhörung, sondern echte Mitwirkung. Der Verdross darüber, dass das Bürger-Engagement in dieser Weise missachtet wurde, ist groß. Schon allein deshalb wird das Bündnis seine Arbeit intensivieren.

In den kommenden Jahren werden wir die Umsetzung des Flächennutzungsplanes durch Baupläne nicht nur kritisch beobachten, sondern uns aktiv in die Planungen einschalten. Das soll sich nicht nur auf Bergisch Gladbach beziehen. Wir sehen es vor diesem Hintergrund als unabdinglich an, mit den Bürgerinitiativen der Nachbargemeinden Bergisch Gladbachs zusammenzuarbeiten.

Besonders kritisch sehen wir in diesem Zusammenhang die Pläne des Vereins Köln-Bonn e.V. sowie das Regiebuch der Kooperation Köln und rechtsrheinische Nachbarn. Hier wird ein zukünftiger Schwerpunkt unserer Arbeit liegen.

Die Verlautbarungen beider Institutionen lassen darauf schließen, dass die Stadtzone Köln sich immer weiter ins Bergische ausdehnen wird, mit der Folge, dass der Charakter der Bergischen Natur- und Kulturlandschaft allmählich verschwindet. Massive negative Folgen für das Klima und den Verkehr sind zu erwarten. Immer größere Pendlerströme entstehen, die selbst mittelfristig nicht durch den Öffentlichen Nahverkehr aufgefangen werden können. Täglich pendeln schon jetzt über 300.000 Menschen nach Köln, davon - einer Statistik von IT.NRW zufolge - über 70 Prozent mit dem Auto. Vor diesem Hintergrund ist es ein Hohn, dass der Bund allein in Köln über 246 Grundstücke verfügt, die bebaut werden könnten, wie die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben aufgrund einer „Kleinen Anfrage“ der FDP-Bundestags-Fraktion mitteilt.

In diesem Jahr hat uns der Klimawandel nicht zum ersten Mal, dafür aber in nie dagewesener Deutlichkeit beschäftigt. Nach der Weltklimakonferenz in Kattowitz darf man ein zwar wenig Hoffnung schöpfen, dass Probleme bekannt und transparent gemacht werden, ein echter Durchbruch zur Nachhaltigkeit ist aber längst nicht erreicht. Klima geht uns alle an und auch vor Ort lässt sich etwas bewirken.

Das Umweltbundesamt hat bereits 2014 eine umfassende Praxishilfe für die Regional- und Stadtplanung herausgegeben, die den Klimawandel im Blick hat. Darin werden die Gemeinden angehalten, bereits in Flächennutzungsplänen mit Darstellungen klimaschutzwirksamer Flächen und Maßnahmen den zu erwartenden Belastungen entgegenzuwirken. Diese Möglichkeit hat Bergisch Gladbach aber nicht wahrgenommen, indem die Stadt und der Rat alle mit dem Klimaschutz zusammenhängenden Fragestellungen auf die Bauplanung verschoben hat. Eine echter Leitgedanke, die das Gesamtwohl der Stadt und der Region im Blick hat, ist nicht erkennbar. Er existiert auch gar nicht.

Es bleibt der Eindruck, das stattdessen die bei der Bebauungsplangestaltung zu erwartenden Auseinandersetzungen mit den Bürgerinnen und Bürgern jeweils auf einen kleinen Raum begrenzt werden soll, bei dem weniger Widerstand erwartet wird.

Diese Taktik wird aber nicht aufgehen. Das Bündnis der Bürgerinitiativen und die ihm angeschlossenen Bürgerinitiativen haben sich gegenseitige Unterstützung zugesagt, sobald die Bebauungspläne aufgestellt werden. Somit geht unser Eintreten für eine lebenswerte, grüne und klimafreundliche Stadt in die zweite Runde.

BBi-GL, Bündnis der Bürgerinitiativen zum Flächennutzungsplan